

Bericht der EEA zur Luftqualität

Luftverschmutzung führt zum vorzeitigen Tod von rund 520.000 Menschen in Europa

Die meisten in europäischen Städten lebenden Menschen sind schlechter Luftqualität ausgesetzt. Den jüngsten Schätzungen der Europäischen Umweltagentur (European Environment Agency, EEA) zufolge ist Feinstaub nach wie vor Ursache für den vorzeitigen Tod von jährlich rund 520.000 Menschen in Europa. Straßenverkehr, Landwirtschaft, Heizkraftwerke, Industrie und Haushalte sind in Europa die größten Emittenten von Luftschadstoffen.

Der Bericht der in Kopenhagen angesiedelten EEA zur Luftqualität in Europa „Air quality in Europe – 2017“ enthält eine aktuelle Analyse der Luftqualität und ihrer Auswirkungen, die auf offiziellen Daten von über 2.500 Überwachungsstationen in ganz Europa aus dem Jahr 2015 basiert. Aus den Daten geht hervor, dass sich die Luftqualität in Europa langsam verbessert, was auf vergangene und laufende politische Strategien und technologische Entwicklungen zurückzuführen ist. Dennoch haben die hohen Schadstoffkonzentrationen in der Luft immer noch erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen in Europa, wobei die größte Belastung von Feinpartikeln, Stickstoffdioxid (NO₂) und bodennahem Ozon (O₃) ausgeht.

- **Partikel:** 2015 waren sieben Prozent der städtischen Bevölkerung in der Europäischen Union (EU) PM_{2,5}-Konzentrationen ausgesetzt, die über dem EU-Jahresgrenzwert lagen. Bei rund 82 Prozent überstiegen diese Expositionswerte die strengeren Leitlinien der WHO. 2014 waren Expositionen gegenüber PM_{2,5}-Konzentrationen Ursache für den vorzeitigen Tod von schätzungsweise 428.000 Menschen in 41 europäischen Ländern.

- **Stickstoffdioxid:** 2015 waren neun Prozent der städtischen Bevölkerung in der EU NO₂-Konzentrationen ausgesetzt, die über dem EU-Jahresgrenzwert und den WHO-Leitlinien lagen. 2014 waren Expositionen gegenüber Stickstoffdioxid Ursache für den vorzeitigen Tod von schätzungsweise 78.000 Menschen in 41 europäischen Ländern.
- **Bodennahes Ozon:** 2015 waren 30 Prozent der städtischen Bevölkerung in der EU O₃-Konzentrationen ausgesetzt, die über dem EU-Sollwert lagen. Bei rund 95 Prozent überstiegen diese Expositionswerte die strengeren Leitlinien der WHO. 2014 waren Expositionen gegenüber O₃ Ursache für den vorzeitigen Tod von schätzungsweise 14.400 Menschen in 41 europäischen Ländern.

Der Bericht fixiert die Luftverschmutzung als das größte umweltbezogene Gesundheitsrisiko in Europa; die Krankheitslast, die auf Luftverschmutzung zurückgehe, sei substantiell. Herzinfarkte und Schlaganfälle werden als die häufigsten Gründe für vorzeitige Todesfälle, die der Luftverschmutzung zugeschrieben werden, genannt. Zusätzlich zu den vorzeitigen Todesfällen erhöhe die Luftverschmutzung die Inzidenz einer Reihe von Erkrankungen (etwa Atemwegs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie Krebs). Als vorzeitige Todesfälle gelten Todesfälle, die vor dem Erreichen eines erwarteten Alters einer Person eintreten. Als erwartetes Alter wird in der Regel die übliche Lebenserwartung für ein Land und ein Geschlecht zugrunde gelegt. Bei vorzeitigen Todesfällen wird davon ausgegangen, dass sie durch die Beseitigung ihrer Ursache hätten vermieden werden können.

66.080 vorzeitige Todesfälle in Deutschland aufgrund Feinstaubs

Dem Bericht zufolge waren Feinstaubkonzentrationen (PM_{2,5}) 2014 für schätzungsweise 399.000 vorzeitige Todesfälle in der EU verantwortlich. Für ausgewählte Länder lesen sich die Werte wie folgt (absolute Zahlen vorzeitiger Todesfälle, in Klammern der Quotient zur Bevölkerung): Schweden 3.710 (2.695), Finnland 2.150 (2.558), Spanien 23.180 (1.984), Estland 750 (1.733), Deutschland 66.080 (1.240), Italien 59.630 (1.006), Polen 46.020 (825), Bulgarien 13.620 (521). Die schlechte Luftqualität wirkt sich auch deutlich auf die Wirtschaft aus, indem sie die Kosten für die medizinische Versorgung in die Höhe treibt, die Produktivität der Arbeitnehmer mindert und Boden, Pflanzen, Wälder, Seen und Flüsse schädigt.

Hans Bruyninckx, Exekutivdirektor der EEA, einer Behörde der EU, kommentiert den Bericht folgendermaßen: „Als Gesellschaft sollten wir die mit der Luftverschmutzung verbundenen Kosten nicht hinnehmen. Durch mutige Entscheidungen und umsichtige Investitionen in saubereren Verkehr, saubere Energie und Landwirtschaft können wir sowohl die Luftverschmutzung bekämpfen als auch unsere Lebensqualität verbessern. Es ist ermutigend zu sehen, dass zahlreiche europäische Regierungen und insbesondere Städte beim Schutz der Gesundheit der Menschen durch die Verbesserung der Luftqualität mit gutem Beispiel vorangehen. Jeder hat das Recht auf reine Luft, auch Menschen, die in den Städten leben.“

Die in dem Bericht angegebenen Schätzwerte für Auswirkungen auf

die Gesundheit beziehen sich auf die PM_{2,5}-, NO₂- und O₃-Expositionen im Jahr 2014 in Europa. Diese Schätzungen basieren auf Informationen über Luftverschmutzung, demografischen Daten

und dem Zusammenhang zwischen der Exposition gegenüber Schadstoffkonzentrationen und bestimmten gesundheitlichen Auswirkungen. Den zitierten Bericht zur Luftqualität in Europa

finden Sie (auf Englisch) unter eea.europa.eu/publications/air-quality-in-europe-2017/.

eea/red

Senatsbeschluss für den ÖGD

402 zusätzliche Stellen für die Berliner Gesundheitsämter

Der Senat Berlin hat auf Vorlage der Senatorin für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Dilek Kolat, das Personalbedarfskonzept für einen zukunftsfähigen Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) beschlossen. Das Konzept sieht vor, dass der ÖGD in den kommenden Jahren von derzeit 1.631 auf künftig 2.033 volle Planstellen ausgebaut wird. Der Personalaufbau soll im kommenden Jahr beginnen und schrittweise bis zum Ende der Legislaturperiode vollzogen werden.

Die Aufgaben der Gesundheitsämter sind vielfältig und umfassen unter anderem den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst, den Zahnärztlichen Dienst, den sozialpsychiatrischen Dienst, den Infektionsschutz und die Hygieneüberwachung der Krankenhäuser genauso wie die Beratung für behinderte Menschen und die Zentren für sexuelle Gesundheit und Familienplanung, für sinnesbehinderte Menschen und für tuberkulose-

krankte und gefährdete Menschen. Die zuständige Senatorin Kolat sagt dazu: „Berlin wächst, die Gesundheitsämter müssen mitwachsen. Denn sie stehen an vorderster Front, wenn es darum geht, sozial bedingte gesundheitliche Nachteile auszugleichen. Sie kümmern sich beispielsweise um den Infektionsschutz, die Einhaltung der Krankenhaushygiene und die Gefahrenabwehr bei Pandemien. Wir wollen die Gesundheitsämter stark machen, denn sie helfen den Schwachen. Um die jetzt und künftig zur Verfügung stehenden Stellen auch besetzen zu können, müssen wir aber auch die Bezahlung verbessern.“

Die Zeitung „Tagesspiegel“ hatte gemeldet, dass in den zwölf Gesundheitsämtern der Stadt bereits jetzt insgesamt ein gutes Drittel an Mitarbeitern fehle. Weiter sei davon auszugehen, so die Zeitung, dass die Besetzung der angekündigten Stellen ähnlich schwierig werde, gelinge es doch seit Jahren nicht, ausreichend medizinisches

Fachpersonal in die Verwaltung zu holen. Die Posten in den Ämtern seien zwar sichere Arbeitsplätze, es werde auch nach Tarif bezahlt. Nur bringe gerade letzterer Probleme mit sich, da das Land Berlin nicht mit den Ärzten über einen neuen Tarif in den Ämtern verhandele, stattdessen lieber auf eine Bundeslösung warte.

Ein Facharzt mit mehrjähriger Berufserfahrung erhält in einem Bezirksamt gegenwärtig 1.000 Euro pro Monat weniger als ein ranggleicher Arzt in der Klinik; auch deswegen sind in Berlin fast 50 der eingeplanten 315 bezirklichen Arztstellen derzeit unbesetzt. Im Gesundheitsamt Mitte, mit zuständig für die besonders prekären Quartiere Moabit und Wedding, sind sogar zwölf der 36 ärztlichen Stellen vakant. Im Ergebnis werden Untersuchungen verschoben, die Hygienekontrollen verknappert, einige Suchtberatungen nicht durchgeführt.

senat/ts/red